

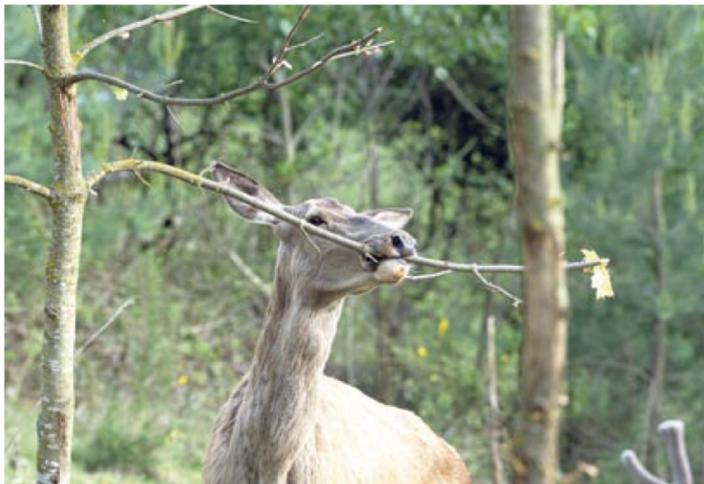
# «Waldverjüngung» kommt wohl an die Urne

Der Landtag wird nächste Woche die Abänderung des Jagdgesetzes verabschieden. Die Jägerschaft droht mit einem Referendum.

Patrik Schädler

In der September-Session debattierte der Landtag über sieben Stunden über die Abänderung des Jagdgesetzes. Hauptziel der Vorlage ist die Reduktion des Rotwildbestandes in Liechtenstein. Künftig sollen zwei staatliche und mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete Wildhüter die Jäger unterstützen und die Möglichkeit zur Ausscheidung von Intensivjagdgebieten geschaffen werden. Aus Sicht der Regierung und des Amts für Umwelt droht der derzeit überhöhte Wildbestand die Schutzwälder und die Waldverjüngung Liechtensteins. Trotz der intensiven Diskussionen wurde das Eintreten auf die Vorlage einstimmig beschlossen. Im Rahmen der Debatte wurden einige Fragen grundsätzlicher Natur aufgeworfen und Kritik an gewissen Details geübt – dabei ging es vor allem um Bedenken im Sinne des Tierschutzes. Diese Bedenken hat die Regierung aufgenommen und Anpassungen vorgenommen.

Doch der Lichtensteiner Jägerschaft reicht dies nicht. Die Vereinigung hat den Landtagsabgeordneten 19 ausformulierte Änderungsanträge für die zweite Lesung in der nächsten Woche zukommen lassen. Ob diese alle von den Abgeordneten gestellt werden, ist offen. Zumindest drei Anträge sind für die Jägerschaft aber Pflicht. Sollte der Landtag nicht in ihrem Sinne entscheiden, dann droht sie mit einem Referendum. Dies hat am Montag eine ausserordentliche Vollversammlung beschlossen. Die Versammlung hat dem Vorstand der Lichtensteiner Jägerschaft die Vollmacht erteilt, das



Der Vermiss von Bäumen durch das Rotwild ist gemäss Experten einer der Hauptgründe für die mangelhafte Waldverjüngung in Liechtenstein. Bild: Keystone

Referendum zu ergreifen, wenn der Landtag nächste Woche nicht auf die Forderungen eingeht.

## Jäger wollen 3-Phasen-Modell kippen

Besonderes das vorgeschlagene 3-Phasen-Modell ist für die Jägerschaft ein Dorn im Auge. Durch die Einteilung des Jagdjahres in drei Teile soll auch der Zeitrahmen für die Reduktionsjagden mit Unterstützung der zwei staatlichen Wildhüter abgesteckt werden. Für die Jäger sind diese gezielten Abschüsse im Mai und Juni «völlig undurchführbar», wie sie in einer Pressemitteilung schreiben. «Die Erwartung, dass einjährige Rotwild und nicht führende Muttertiere an Treibjagden im Frühjahr erlegt werden sollen,

ist nicht erfüllbar», so die Jägerschaft. Die einjährigen Tiere seien dann bereits von den Jagdpächtern erlegt worden und nicht führende Muttertiere seien auf einer «Treibjagd» nicht erkennbar. Deshalb sollen die Reduktionsjagden aus Sicht der Jäger nur im November und Dezember erfolgen.

«Diese Behauptung der Jägerschaft ist reine Polemik», schreibt der Waldeigentümerverschein in seiner Stellungnahme an die Landtagsabgeordneten. Im Frühjahr würden keine klassischen Treibjagden durchgeführt. «Es finden Reduktionsjagden statt, wo das Wild durch leichte Beunruhigung zum Verlassen des Einstandes veranlasst wird und möglichst langsam zum Schützen wechseln soll», heisst es in der Stellung-

nahme weiter. Der Frühling oder eben die Phase 1 sei ein wichtiger Eckpfeiler für die Erreichung der jagdlichen Ziele. «Was im Frühling nicht erlegt wird, kann im Herbst nur schwer nachgeholt werden», so die Waldeigentümer.

## Waldeigentümer warnen vor zahlosem Tiger

Der Waldeigentümerverschein kritisiert die Änderungsanträge der Jägerschaft scharf. Wenn einfach einzelne Gesetzesartikel abgeändert würden, dann verkomme das Gesetz zu einem zahlosen Tiger und verfehle das Ziel. Die Waldeigentümer appellieren deshalb an die Abgeordneten, dass die Regierungsvorlage ohne Änderungen verabschiedet wird. «Die Waldverjüngungssituation in den Bergrevieren ist nach-

weilich katastrophal.» Auch wenn das Massnahmenpaket gleich umgesetzt werde, dauere es noch zwei bis drei Jahre, bis Verbesserungen sichtbar würden. «Bis die jungen Pflanzen aber ihre Schutzfunktion voll übernehmen können, wird es 30 bis 40 Jahre dauern», so die Waldeigentümer. Ein Hauptgrund dafür, dass in den letzten 20 Jahren keine Fortschritte erzielt worden sind, sehen sie bei

der Abwehr einzelner Jagdgesellschaften. «Sie haben es während Jahrzehnten nicht eingesehen, dass der Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren und damit der Schutz unserer Wälder Vorrang haben vor der Ausübung ihres Hobbys, der Jagd.»

Der Landtag habe nun erstmals die Chance, wirksame Massnahmen zur Förderung der Waldverjüngung gesetzlich zu verankern.

## Die Knacknuss: Die Aufteilung des Jagdjahres in drei Phasen

Die Regierung schlägt mit der Gesetzesänderung vor, dass das Jagdjahr in drei Phasen eingeteilt wird. Die neu geschaffene Wildhut soll vor allem in den Phasen 1 und 3 aktiv werden und mit gezielten Reduktionsjagden den Wildtierbestand in Zusammenarbeit mit den Milizjägern abbauen.

### Phase 1: 1. Mai bis 15. Juni

Im Fokus stehen in dieser Zeit koordinierte Frühjahrsjagden. Dabei sollen im Vorjahr geborene Jungtiere sowie weibliche Alttiere, die weder trächtig sind noch Junge führen, erlegt werden. «Eingriffe in die Altersklasse der Jungtiere beiderlei Geschlechts verringern die Reproduktionsrate in einer Population zwar nicht, sind aber nötig, um die Zuwachsraten sowie einen artgerechten Altersklassenaufbau günstig zu beeinflussen», heisst es im Bericht und Antrag.

### Phase 2: 16. Juni bis 31. Oktober

In dieser Phase liegen traditionell wichtige Jagdperioden, wie

die Brunftzeiten von Reh- und Rotwild sowie teilweise jene des Gamswildes. Der Jagdbetrieb erfolgt in dieser Zeit grundsätzlich durch die Jagdgesellschaften. In dieser Zeit sollen schwerpunktmässig ältere männliche Tiere geschossen werden. Die Wildhüter werden in dieser Zeit nur in Ausnahmefällen Abschüsse vornehmen.

### Phase 3: 1. November bis 31. Dezember

In dieser Zeit soll die Wildhut falls notwendig analog zur ersten Phase gezielte Reduktionsjagden koordinieren. «Vorwiegend und situationsbedingt werden gemeinsame Ansitz-Drückjagden, gross- oder kleinräumige und revierübergreifende Bewegungsjagden sowie gezielte Eingriffe in Einstandgebieten durchgeführt, an denen sich die Wildhut aktiv beteiligt. Die Bejagung gilt vorwiegend Jungtieren beiderlei Geschlechts und weiblichen Tieren», beschreibt die Regierung die dritte Phase. (sap)

## Ministerium begründet Ablehnung von Suchtberatungsstelle

Das SNK und der Verein Netzwerk wollen eine Drogenanlaufstelle schaffen. Das Ministerium für Gesellschaft erteilt keinen Leistungsauftrag.

Am Freitag teilte das Gesundheitsministerium den beiden Organisationen Social Networking Establishment (SNK) und Netzwerk mit, dass sie keine Leistungsvereinbarung für ihr gemeinsames Projekt erhalten. Die Entscheidung fiel in Absprache mit dem Amt für Soziale Dienste (ASD). Das Projekt hätte eine «Triage» als eine allgemeine Beratungsstelle vorgezogen, die auch eine Suchtberatung umfasst. Angefragt wurde die Leistungsvereinbarung um die Suchtberatungsstelle am 17. August.

Am Dienstag begründete das Ministerium auf Anfrage seine Entscheidung. In Liechtenstein gebe es keinen Bedarf für eine weitere Beratungsstelle, heisst es: «Es gibt mehrere Anbieter im Land, die niedrigschwellige Beratung und Hilfen anbieten.» Diese würden von Sozialberatung mit Hilfestellungen bis zur Vermittlung von finanziellen Hilfen reichen. «Sie werden in Form von psy-

chosozialen Hilfen bis zu Hilfen in Krisensituationen, Hilfen bei finanziellen Problemen, bei Schulden oder bei gesundheitlichen Problemen geleistet», heisst es weiter.

Somit geht das Ministerium nicht auf das Thema Sucht ein. Es verweist aber darauf, dass eine Suchtberatung auch nicht als primärer Grund in den eingereichten Unterlagen hervorgehoben sei. Monica Bortolotti, Geschäftsführerin des Vereins Netzwerk, widerspricht der Aussage. Auf Anfrage sagt sie: «Im abgegebenen Konzept steht das Thema Sucht sehr wohl im Fokus.»

## Diskussion um Begrifflichkeit

Der Begriff «Sucht» fällt im Konzept mehrmals. SNK-Leiter Dave Leimgruber sagt, dass die beiden Organisationen eine Lücke schliessen wollen. Ein themenübergreifendes Angebot bei sozialen Problemen existiere in Liechtenstein

kaum. Angebote gebe es in klar eingegrenzten Problemfeldern wie beispielsweise Gewalt und Finanzen. Deswegen sei auch im Konzept vermerkt, dass bei vielschichtigen Problemen, in erster Linie im Suchtbereich, eine unabhängige Beratungsmöglichkeit fehle.

Für das SNK und für den Verein Netzwerk steht bei ihrem Projekt die Suchtberatung im Vordergrund. Dennoch hätten sie die Suchtberatungsstelle bei der Projekteinreichung nicht als solche benennen wollen, sondern sich für eine allgemeine Begrifflichkeit entschieden. Zum einen sind Suchterkrankungen komplex: Sie treten oft nicht alleine auf, sondern als Begleiterscheinung anderer Probleme. Deshalb brauche es ein themenübergreifendes Angebot. Zum anderen sei es eine «strategische Überlegung» gewesen, den Begriff «Suchtberatungsstelle» nicht in den Vordergrund zu stellen, so Bortolotti: «In der Vergangenheit hat die



In Schaan sollte die Stelle entstehen.

Bild: Daniel Schwendener

Regierung mehrmals ihre Haltung zu einer Drogenberatungsstelle in Liechtenstein bekannt gemacht.»

Regierungsvertreter sprachen bisher stets von einer guten Zusammenarbeit mit den entsprechenden Suchtberatungsstellen in Buchs, Feldkirch und Sargans, mit denen

Liechtenstein eine Leistungsvereinbarung hat.

## Das Projekt wird noch nicht aufgegeben

Kritiker bemängeln, dass das derzeitige Angebot nicht niederschwellig ist und sich die Stellen im Ausland befinden. Um an eine solche Suchtbera-

ratungsstelle verwiesen zu werden, muss der Betroffene beim Amtspsychiater vorstellig werden. Dieser entscheidet sodann, ob der Hilfesuchende zur Hilfe berechtigt ist.

Am Montag der vergangenen Woche sorgte die Petition eines ehemaligen Heroinabhängigen für Aufmerksamkeit, der unter anderem eine Suchtberatungsstelle fordert. Die Absage für die Leistungsvereinbarung erfolgte somit vier Tage später. Laut dem Ministerium gibt es keinen Zusammenhang der zeitlichen Nähe: «Die Petition war nicht Ursache für die Absage des Projektes. Wie bereits ausgeführt, ist der Bedarf für eine Erweiterung des Angebots nicht gegeben.»

Trotz allem ist das Projekt noch nicht gestorben. Das SNK und der Verein Netzwerk planen weiterhin, eine Suchtberatungsstelle in Rahmen einer «Triage» zu schaffen.

Damian Becker